

Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 10
47. Plenarsitzung, Donnerstag, 14. Dezember 2017

Aktuelle Debatte
„Haltung zeigen gegen Antisemitismus im Land und im Bund“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

14.12.2017

Anrede,

Gedenken ist unerlässlich für unsere Bewusstseinsbildung, für unsere Identität. Am 27. Januar geht von diesem Saal hier alljährlich ein „Nie wieder“ aus - vom Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Zur mahnenden Erinnerung an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte, das systematische Ermorden von Millionen Juden.

Deshalb ist **Israels Existenzrecht Staatsräson** und ist Grundpfeiler unserer Politik seit Konrad Adenauer. Denn Israel ist nicht irgendein Land. Wir tragen für Israel und das jüdische Leben eine historische Verantwortung, die sich nicht nur in Gedenkstunden erschöpfen darf, sondern auch in stürmischen Zeiten. Aus diesem Grund habe ich im Juni, und jüngst auch die Ministerpräsidentin, Israel besucht.

Ja, Gedenken ist uns wichtig, genauso wichtig wie das Aufstehen gegen Rechtsextremismus. **Doch es macht sich schleichend ein wachsender Antisemitismus in unserem Land breit. Auf den Schulhöfen, auf der Straße, im Internet, bei der Kuwait Airline, die sich auf deutschem Boden weigern darf, einen Israeli mitzunehmen.**

Wenn eine Airline offen ihren Antisemitismus zur Schau trägt, dann ist es schlimm genug, dass in vielen Ländern dieser Welt kein Anstoß daran genommen wird. Aber dann soll sie gefälligst **nicht auf deutschem Boden landen dürfen!**

Sind das Abstumpfungerscheinungen oder ist das eine falsch verstandene Toleranz? Und auch hier in Mainz gab es vor bereits Demonstrationen, bei denen Parolen skandiert wurden wie "Hamas, Hamas, Juden ins Gas!". Und aktuell wieder. Gerufen von Bürgern unseres Landes, **Zugewanderte**, die sagen „Das mit den Juden ist Eure Geschichte, nicht unsere.“ Doch, Anrede, wer hier in Deutschland lebt und die Rechte dieses Landes in Anspruch nimmt, der hat auch Pflichten und Verantwortung zu tragen!

Johannes Gerster stellte wegen **Volksverhetzungen** Strafanzeige. Ohne Erfolg. Ich kann das unguete Gefühl vieler Mitbürger jüdischen Glaubens verstehen, dass antisemitische Ausfälle nicht immer rechtsstaatliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Laut der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Rias) und dem International Institute for Education and Research on Antisemitism (Ibisa) gab es judenfeindliche **Kundgebungen auch in Koblenz. In Mainz wurden Landkarten ohne Israel gezeigt.** Danke an das "**Bündnis Mainz für Israel – Gegen Antisemitismus in unserer Gesellschaft**" für ihr Solidaritätszeichen!

Antisemitismus ist ein gesellschaftliches Problem, welches in **allen politischen Extremen** Ausprägungen findet – er kommt von rechts, von links, aus der Mitte der Gesellschaft und auch von muslimischer Seite. Er wird oft als "**Israel-Kritik**" euphemisiert. Gerade in öffentlichen Netzwerken wird hier sehr viel mit Fake-News gearbeitet. Bestes Beispiel war die Seite "Freiheit für Palästina" mit über 90.000 Followern, welche vorgestern nach 2 Jahren hartem Kampf von **Facebook** gelöscht wurde.

Antisemitismus ist **wandlungsfähig**. Das kann, das darf uns nicht kalt lassen. Wir dürfen angesichts eines derart offen zu Tage tretenden Antisemitismus nicht zur Tagesordnung übergehen. Uns kann auch die **BDS-Kampagne** (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen) zur wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Isolierung Israels nicht kalt lassen. Denn das Verhältnis vieler linker und rechter Gruppen zu dieser Kampagne ist alles andere als geklärt. An **Hochschulen und Kulturzentren** wird diese Kampagne sogar offen unterstützt.

Wenn im Jahr 2017 in Deutschland politische Aktivisten meinen, mit einem „**Kauft nicht bei Juden**“ die Situation der Palästinenser zu verbessern, dann stehen sie mit den falschen Leuten Seite an Seite. Dann erwachen Geister der Vergangenheit zum Leben, die wir gebannt glaubten.

Als direkte Folge empfehlen jüdische Gemeinden ihren Mitgliedern wieder lieber auf die Kippa zu verzichten, sogar einige Stadtteile als Juden besser zu meiden. **Es darf nicht sein, dass jüdische Mitbürger bei uns im öffentlichen Raum wieder Angst haben müssen.** Im Hinblick auf den alt bekannten Antisemitismus haben wir eine große gesellschaftliche Einigkeit.

Doch leider sind die Reaktionen auf den **muslimisch geprägten Antisemitismus nicht so einheitlich**. Da tauchen Argumentationsschemata der dreißiger Jahre auf, die Juden seien selbst Schuld, dass sie gehasst würden angesichts ihrer Politik gegenüber ihren arabischen Nachbarn. Doch keine Entscheidung rechtfertigt es, seinem Gegenüber die Existenz abzusprechen.

Auch können antisemitische Taten, wie das Verbrennen des Davidsterns nicht relativiert werden. Sinnieren über **juristische Winkelzüge**, in welchen Fällen das Verbrennen einer israelischen Flagge eventuell doch straffrei bleiben können,¹ ist unerträglich.

¹ Vgl.: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/verbrannte-flaggen-und-twitter-judenhass-in-deutschland-15337495.html>. Abgerufen am 13.12.17

Hier geht es nicht um Paragraphen, sondern um das Selbstverständnis unseres Landes:

- Akzeptieren wir im 21. Jahrhundert **Judenhass - Ja oder Nein.**
- Haben wir aus unserer Geschichte gelernt: **Ja oder Nein.**
- Hier kann es nur eindeutige Antworten geben. In diesem Bereich können wir uns kein sowohl als auch, **keinen Graubereich** leisten.

Das bedeutet neben einem klaren Bekenntnis auch **scharf gezogene Grenzen, die ebenso für Migranten muslimischen Glaubens gelten.**

Klare Regeln und Ansagen. Nie wieder dürfen sich judenfeindliche Demonstrationen, wie sie in Mainz oder Berlin stattgefunden haben, wiederholen.

1. **Wenn es hierfür gesetzliche Regelungen bedarf, dann müssen wir sie angehen.**
2. Es ist wichtig, dass das Thema Antisemitismus, auch seine neuen Erscheinungen, wieder verstärkt im **Unterricht** an den Schulen stattfinden.
3. Das Thema gehört verstärkt in die **Integrationskurse.**
4. Und ich wiederhole unsere Forderung nach klaren **Integrationsvereinbarungen**, in denen wir als aufnehmenden Staat klar machen, was uns als Gastland wichtig und unverhandelbar ist. Dazu gehört die Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Kampf gegen Homophobie, aber auch das Existenzrecht Israels und eine klare Haltung gegen Antisemitismus. Wer dazu nicht bereit ist, hat sich das falsche Land ausgesucht.
5. **Es darf keine Toleranz gegenüber Intoleranz geben.**
6. Und es ist wichtig, dass wir genau hinhören, was in den **Moscheen in unserem Land gepredigt wird.** Imame in Deutschland wurden von Präsident Erdogan aufgerufen, bei den Freitagsgebeten über Jerusalem zu sprechen. Am nächsten Abend brannten israelische Fahnen.

Meine Fraktion wird in den kommenden Wochen das Gespräch mit Vertretern des jüdischen Staates und der jüdischen Gemeinde suchen, um unsere Solidarität auszudrücken und Lösungswege zu erörtern.